



II-14029 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Dr. WERNER FASSLABEND  
BUNDESMINISTER FÜR LANDESVERTEIDIGUNG

1030 WIEN  
DAMPFSCHIFFSTRASSE 2

10 072/66-1.8/94

17. Juni 1994

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

P a r l a m e n t

1 0 1 7      W i e n

6381/AB

1994-06-17

zu 6433 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Roppert und Genossen haben am 18. April 1994 unter der Nr. 6433/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Einstellung der Pflegedienstzulage für Sanitätsunteroffiziere" gerichtet. Diese aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene Anfrage beantworte ich wie folgt:

Die gegenständliche Problematik wird in der Einleitung zur vorliegenden Anfrage im wesentlichen richtig dargestellt. Es wurde lediglich verabsäumt zu erwähnen, daß auch im Fall des Vzlt i.R. Krainer der Verwaltungsgerichtshof den Anspruch auf Pflegedienstzulage verneint hat und damit die rechtliche Beurteilung durch das Bundesministerium für Landesverteidigung höchstgerichtlich bestätigt wurde.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß sich auch die Volksanwaltschaft mit dieser Angelegenheit mehrfach befaßt hat. Die Volksanwaltschaft vertrat hierbei jeweils die Meinung, daß eine Bereinigung dieser Ungleichbehandlung durch legislative Maßnahmen zu erfolgen hätte. Hiezu ist anzumerken, daß die Vorbereitung allfälliger legislativer Maßnahmen nicht in den Zuständigkeitsbereich meines Ressorts fällt.

Im einzelnen beantworte ich die vorliegende Anfrage wie folgt:

Zu 1:

Auch ich erachte die von den Fragestellern kritisierte Situation für unbefriedigend. Im Hinblick auf die Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshofes ist aber eine Zuerkennung der Pflegedienstzulage an Sanitätsunteroffiziere, die in Krankenrevieren Dienst verrichten, nicht zulässig, weil sie in dieser Verwendung die Anspruchsvoraussetzungen nach dem Krankenpflegegesetz nicht erfüllen. Andererseits kommt aber eine Aberkennung früher bescheidmäßig zugesprochener Zulagen deshalb nicht in Frage, weil diesen Personen bei

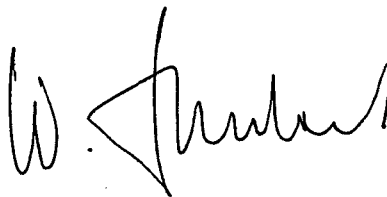
- 2 -

unveränderter Rechtslage bereits ein Recht auf die zugesprochene Pflegedienstzulage erwachsen ist.

Zu 2:

Unbeschadet einer allfälligen legislativen Bereinigung werden im Bundesministerium für Landesverteidigung seit längerem Überlegungen angestellt, dieses Problem im Rahmen der organisatorischen Neugestaltung des Sanitätsdienstes des österreichischen Bundesheeres (Sanitätskonzept/Frieden) zu lösen. Dieses von mir bereits genehmigte Konzept ist auf die Heeresgliederung-Neu abgestimmt und enthält grundlegende strukturelle Verbesserungen auf allen Ebenen der Sanitätseinrichtungen. In diesem Zusammenhang sollen die Krankenreviere aufgelöst und deren Aufgaben größtenteils höherwertigen Sanitätseinrichtungen übertragen werden. Als wichtigste Basisorganisation des Sanitätsdienstes im Bundesheer werden in Hinkunft personell und materiell entsprechend ausgerüstete "Garnisons-Sanitätsanstalten" fungieren. Diese Garnisons-Sanitätsanstalten werden ein Aufgabenspektrum mit einer beträchtlichen Pflegefachdienstkomponente im Sinne des Krankenpflegegesetzes aufweisen und damit den meisten Bediensteten, die derzeit in Krankenrevieren keine Krankenpflege Tätigkeit verrichten, künftig die Möglichkeit eröffnen, eine Pflegedienstzulage zugesprochen zu erhalten.

Beilage

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'W. J. ...' with a stylized flourish at the end.

**Beilage**

zu GZ 10 072/66-1.8/94

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Landesverteidigung in diesem Zusammenhang die nachfolgende

**A n f r a g e:**

1. Ist es Ihrer Meinung nach vertretbar, daß bei gleichartiger Verwendung und gleicher dienstlicher Belastung ein Teil der Bediensteten Ihres Ressorts eine Zulage bezieht, während - und zwar nur aus formellen Gründen - der andere Teil dieser Zulage - verlustig geht?
2. Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um eine Gleichbehandlung Ihrer Ressortangehörigen in dieser Angelegenheit zu erreichen?